

## Heidelberger Wahlprüfsteine für die Kommunalwahl 2014 zu Themen des Umwelt- und Naturschutzes

Die Antworten stehen für diese Partei: Bunte Linke

### 1 Welchen Stellenwert haben Natur und Umwelt in Ihrem Weltbild?

- ✓ Natur- und Umweltschutz sind Querschnittsaufgaben der Daseinsvorsorge. Sie müssen bei allen Entscheidungen mit hoher Priorität beachtet werden, weil sie die Grundlage für künftiges Wohlergehen der Menschen sind.
- Natur und Umwelt sind wichtig, müssen aber gegen den Vorteil von Menschen abgewogen werden.
- Das Wohlergehen der Menschen ist in erster Linie mit wirtschaftlicher Entfaltung verbunden. Natur und Umwelt sind wichtig, müssen aber hinter wirtschaftlichen Ansprüchen zurückstehen.

#### Kommentar:

„Schutz der Natur heißt: Schutz des Menschen“ heißt es im Programm der Bunten Linken. Dies gilt natürlich in gleichem Maße für die Umwelt.

### 2 Die Stadt Heidelberg gehört zu den Städten mit sehr wenigen öffentlichen Grünflächen im bebauten Bereich. Wie steht Ihre Partei dazu, eine weitere Verdichtung der Stadt zu begrenzen?

- ✓ Wir werden uns für überarbeitete Bebauungspläne und für Erhaltungssatzungen nach dem Vorbild der Weststadt-Erhaltungssatzung (Schutz der innerstädtischen Grünflächen) einsetzen.
- Wir werden uns von Fall zu Fall entscheiden und die Grünflächen dabei nicht aus den Augen verlieren.
- Wir wollen Bauaktivitäten in der Stadt im Prinzip nicht begrenzen. Das sollte die Sache der Eigentümer sein.

#### Kommentar:

Die Bunte Linke setzt sich seit Jahren für die Erhaltung der alten Ortskerne und der gewachsenen Bausubstanz ein, aber auch für den Erhalt der Gärten und Grünflächen. Ihre Vertreter haben im Gemeinderat einen grundsätzlichen Antrag (s.u.) und verschiedene Einzelanträge eingebracht (etwa für eine Satzung für die Weststadt und einen Bebauungsplan Nördliches Neckarufer).

**Sachantrag zum TOP „Stadtplanungsamt: - Aufgaben in den Haushaltsjahren 2011/2012, - Personelle Kapazität und finanzielle Ausstattung“**

Der Bauausschuss / Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss / Gemeinderat möge beschließen:

Für eine geordnete städtebauliche Entwicklung Heidelbergs, insbesondere

- zum Erhalt seiner städtebaulichen Struktur,
- zur Vermeidung der Zersiedelung der Landschaft,
- zum Erhalt historischer Ensembles und Denkmäler,
- zur Sicherung von Landschaft und Natur,

prüft die Stadt folgende baurechtliche Maßnahmen in bezug auf ihre Wirksamkeit und die zeitliche Umsetzbarkeit:

- Satzungen zur Abgrenzung von Innen- und Außenbereich: in den Hanglagen der Stadt (vor allem in den Bereichen Gaisberg, Heiligenberg einschließlich nördlicher Neckarhang, Mühlthal und Steinberg in Handschuhsheim), Rohrbach
- Erhaltungssatzungen ggfs. mit der Ausweisung eines Sanierungsgebietes für den Bereich der alten Fischer- und Bauernhäuser und den Bereich des Lutherplatzes in Neuenheim, für die Blockrandbebauung aus der Gründerzeit in Neuenheim, für die Villenbebauung im Bereich östliche Mönchhofstraße – Erwin-Rhode-Straße – Roonstraße – Weberstraße (altes Englisches Viertel) in Neuenheim, für die alten Ortskerne von Kirchheim und Wieblingen
- Gesamtanlagenschutzsatzung (hilfsweise bauliche Erhaltungssatzung) für die Weststadt
- Bebauungspläne für das Nördliche Neckarufer, das Handschuhsheimer Feld, das Gebiet im Bereich der Fuchsschen Villa in der Weststadt.

Der Oberbürgermeister legt dem Gemeinderat innerhalb von drei Monaten eine Prioritätenliste und einen Zeitplan für diese Maßnahmen vor.

Begründung: Für einzelne Gebiete verfügt die Stadt bereits über ein entsprechendes Instrumentarium (Gesamtanlagenschutzsatzung Altstadt, Erhaltungssatzung Handschuhsheim, Erhaltungssatzung Weststadt, Erhaltungssatzung Rohrbach, Bebauungsplan Pfaffengrund, Abgrenzungssatzung Ziegelhausen). Für die übrigen besonders schützenswerten Bereiche mit hohem baulichen Veränderungsdruck muss dies nachgeholt werden.

Heidelberg, den 5.7.2011 Arnulf Weiler-Lorentz (Bunte Linke/Die Linke), Hilde Stolz (Bunte Linke/Die Linke), Judith Marggraf (GAL)

Anlage 1 zur Drucksache: 0039/2011/AN

---

Wir haben mit uns mit verschiedenen Bürgerinitiativen gegen Nachverdichtung eingesetzt, die wertvolle ökologische Flächen zerstört hat oder zu zerstören droht, gegen die Nachverdichtung in der Beethovenstraße, beim Eleonorenhaus und bei der BI „Penta-Park erhalten“. Auch auf den Konversionsflächen in der Südstadt haben wir den Erhalt von Grünflächen gefordert und haben einen Antrag für einen Biotop-Korridor vom Odenwaldhang bis zum Kleingartengebiet „Kirchheimer Loch“ beantragt. In Bürgerbeteiligung und in den ersten Diskussionen im Gemeinderat im letzten Jahr wurde von einer Entwicklung im Bestand mit vorsichtiger Nachverdichtung und „weißen“ Flächen für eine spätere Entwicklung ausgegangen. Innerhalb der letzten Monate hat sich ein Paradigmenwandel vollzogen. Inzwischen steht eine bestmögliche Verwertung der Flächen im Vordergrund. Durch

flächenhaften Abriss und erhebliche Nachverdichtung soll hier ein Städtebau erfolgen, der in Dichte den der übrigen Bebauung der Südstadt weit übersteigt. Wir haben dann auch konsequenter Weise gegen den Masterplan Südstadt gestimmt.

### 3 Immer wieder wird ein weiteres Wachstum der Stadt Heidelberg gefordert. Wie soll dieses Wachstum gestaltet werden? Wo soll es stattfinden?

- ✓ Wir setzen uns für die Entwicklung der Konversionsflächen ein; diese reichen für das künftige Stadtwachstum aus. Nachverdichtung oder gar die Bebauung im Außenbereich lehnen wir ab.
- Neben der Entwicklung der Konversionsflächen ist eine Nachverdichtung der bestehenden Bauflächen denkbar. Bebauung im Außenbereich lehnen wir ab.
- Die Bauflächen sollten entsprechend der Nachfrage ausgewiesen werden. Die Frage danach, welche Flächen dann bebaut werden, ist sekundär.

#### **Kommentar:**

Die Aussage „Nachverdichtung lehnen wir ab“ müssen wir modifizieren. In einzelnen Bereichen ist Nachverdichtung sinnvoll, etwa bei der Bebauung von Baulücken, bei Brachflächen wie in Bergheim-West, auch eine Überbauung des Betriebshofes in Bergheim halten wir nicht nur für sinnvoll, sondern für geboten. Industriebrache kann und soll wieder genutzt werden, auch die ausgewiesenen Gewerbegebiete wollen wir nicht zurückzonen. Eine Erweiterung bestehender Betriebe muss in gewissem Umfang zur Bestandspflege möglich sein. Eine solche Entscheidung muss allerdings nach sorgfältiger Abwägung ökologischer, naturschutzrelevanter, denkmalschützerischer und stadtstruktureller Gesichtspunkte erfolgen. In den städtebaulichen Rahmenplanungen sind hierfür überwiegend sinnvolle Ziele formuliert. Allerdings spielen diese Ziele bei Einzelentscheidungen sehr häufig überhaupt keine Rolle. Es wird dann häufig ganz überwiegend nach dem Interesse von Investoren, nach Opportunität oder nach dem Prinzip entschieden „Mehr von Allem“ (mehr Arbeitsplätze, mehr Wohnungen, mehr Tourismus) ist immer gut.

Wir teilen diese Meinung nicht. In Heidelberg besteht ein eklatantes Ungleichgewicht von Arbeitsplätzen und am Arbeitsort Wohnenden. Die Stadt weist 82 000 Arbeitsplätze auf; es wohnen hier 43 000 Berufstätige. Auch von den rund 30 000 Studenten wohnt nur die Hälfte in der Stadt. Dies führt zu einer erheblichen Verkehrsbelastung durch den Pendlerverkehr, aber auch zu hohen Immobilien- und Mietpreisen durch eine große Nachfrage nach Wohnungen. Lärm und Abgasbelastung führen zu einer Verschlechterung der Wohn- und Umweltbedingungen.

Mit der Bahnstadt wurde bereits ein großer bebaubarer Bereich massiv „nachverdichtet“. Mit dem Areal der US-Armee stehen jetzt weitere Flächen für die Siedlungsentwicklung zur Verfügung. Die Konversionsflächen sind aus ökologischen Gründen die letzten großen Flächen, die in Heidelberg bebaut werden können. Sie müssen ganz überwiegend für Woh-

nungsbau genutzt werden. Eine Ausweisung von Gewerbeflächen muss vorrangig auf Bestandspflege und Erweiterungsflächen bestehender Betriebe ausgerichtet sein.

#### **4 Die Stadt Heidelberg hat sich dafür entschieden, dass die Stadt neue eigene Gebäude nur im Passivhausstandard baut. Auch auf von der Stadt verkauften Flächen soll dieser Standard eingehalten werden. Wie stehen Sie dazu?**

- ✓ Der Passivhausstandard sollte unbedingt eingehalten werden.
- Der Passivhausstandard sollte nicht immer eingehalten werden. Bei Neubauten auf den Konversionsflächen kann man Ausnahmen machen.
- Der gesetzliche Standard reicht auch für Heidelberg aus. Wir brauchen keine darüber hinausgehenden Vorschriften in Heidelberg.

##### **Kommentar:**

Hier würden wir wiederum formulieren „Der Passivhausstandard sollte bei Neubauten generell eingehalten werden“. Es gilt, insgesamt sparsam mit den Ressourcen umzugehen, aber auch darum, soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Bei einer durchschnittlichen Miete im Bestand von 6 Euro/m<sup>2</sup>, einer durchschnittlichen Angebotsmiete von 9,50 Euro/m<sup>2</sup> und einer Miete von 11–14 Euro/m<sup>2</sup> bei neugebauten Wohnungen wird man sorgfältig mit dem Bestand umgehen müssen – will man nicht eine weitere soziale Segregation in der Stadt in Kauf nehmen. Dies gilt auch für die US-Liegenschaften. Wir sind grundsätzlich der Meinung sind, Neubauten sollten dem Passivhausstandard genügen. Altbauten sollten jedoch nach der Lebensdauer der einzelnen Elemente energetisch saniert werden, die Fenster etwa, wenn sie aufgrund ihrer Lebensdauer ohnehin ausgetauscht werden müssen.

#### **5a Für welche Verkehrsthemen will sich Ihre Partei in den nächsten fünf Jahren besonders stark machen?**

##### **Kommentar:**

Ausbau des Rad- und Fußwegenetzes, Fahrradwege auf Straßenniveau oder Schutzstreifen, Fahrradabstellanlagen, Beschleunigungsprogramm ÖPNV, Ausbau des Straßenbahnnetzes („Mobilitätsnetz“), Tempo 30 innerstädtisch, Carsharing Parkplätze im öffentlichen Raum (für beides Bundesregelung erforderlich)

**5b Welche Fortbewegungsarten sollten in der Tendenz in den nächsten Jahren besonders gefördert werden? (Mehrfachnennungen möglich)**

- ✓ Fußgänger und Radverkehr
- ✓ ÖPNV
- Autoverkehr

**Kommentar:**

Auch wegen der Nutzen-Kostenrelation in dieser Reihenfolge.

**6a Immer wieder kommt die fünfte Neckarquerung ins Gespräch. Können Sie sich die Querung durch Wieblinger Wohngebiet und über das Naturschutz- und FFH-Gebiet vorstellen?**

- ✓ Eine fünfte Neckarquerung lehnen wir ab.
- Über eine fünfte Neckarquerung kann man erst dann wieder nachdenken, wenn alle anderen Verkehrsmaßnahmen ausgeschöpft wurden und somit europäisches Recht eingehalten wurde.
- Die fünfte Neckarquerung sollte ab sofort wieder diskutiert werden. Wir werden uns für diese Straße einsetzen.

**Kommentar:**

Eine Brücke ist ohnehin nicht möglich, bevor nicht alle anderen Möglichkeiten der Verringerung des Autoverkehrs ausgeschöpft sind, da es sich beim Alten Neckar um ein FFH-Gebiet handelt. Vorher müsste also zuerst die Straßenbahn ins Neuenheimer Feld gebaut werden und die Möglichkeiten der Parkraumbewirtschaftung ausgeschöpft sein. Wir sind überzeugt, dass diese Maßnahmen ausreichen werden und eine 5. Neckarbrücke daher auch in Zukunft nicht notwendig sein wird.

**6b Wenn Sie sich die Querung vorstellen können, wie sehen Sie die Fortführung des Verkehrsflusses auf Neuenheimer und Handschuhsheimer Gemarkung?**

**Kommentar:**

Entfällt.

**7 Kinder haben in Heidelberg immer weniger Raum, um sich in der Nähe ihrer Wohnung frei in der Natur zu bewegen, etwa auf ungenutzten Grundstücken. Haben Sie vor, das zu ändern?**

- ✓ Ja, wir wollen uns für neue Naturerfahrungsräume in Heidelberg einsetzen.
- Einiges ist in den letzten Jahren – zum Beispiel auf den Ausgleichsflächen der Bahnstadt – bereits passiert. Wir werden uns für den Erhalt dieser Flächen einsetzen, aber nicht dafür, neue zu schaffen.
- Es gibt in Heidelberg genügend Spielplätze. Die Schaffung von Naturerfahrungsräumen halten wir für nicht notwendig.

**Kommentar:**

Daneben wollen wir allerdings auch die Kenntnis des Stadtwaldes, anderer Naturregionen und der Biotope dort verbessern.

**8 Werden Sie sich bei der Entwicklung des Bebauungsplans für einen größeren und vernetzten Stadtpark als den im Masterplan Südstadt vorgesehenen einsetzen?**

- ✓ Ja, wir wollen uns auf jeden Fall für einen noch größeren Stadtpark einsetzen. Dieser sollte im künftigen Bebauungsplan als öffentliche Grünfläche gesichert werden.
- Der Masterplan wurde bereits verabschiedet. Im Rahmen der Bebauungspläne werden wir uns aber für weitere Biotopvernetzung einsetzen.
- Der Masterplan wurde bereits verabschiedet. Die Grünflächen, die dort ausgewiesen wurden, sind ausreichend.

**Kommentar:**

Wir haben uns schon bei der Entwicklung des Masterplanes hierfür und für einen Biotopkorridor vom Odenwald bis zum Kirchheimer Loch eingesetzt (s.o.).